

— Man schreibt uns aus Hamburg daß Deutscher Seits gerüstet wird und schon die Truppen zusammengezogen werden, um den feindlichen Absichten der Dänen gegen Schleswig kräftig entgegen zu treten. Jedoch sind auch die Friedensunterhandlungen wieder in Angriff genommen.

Bremen, 2. Januar. In den beiden letzten Jahren sind von hier 442 Schiffe mit 63,629 Auswanderern nach verschiedenen überseeischen Ländern abgegangen. Im Jahre 1847: 235 Schiffe mit 33,682 Passagieren, darunter 100 Schiffe mit 10,960 Passagieren nach New-York, 48 nach Baltimore, 36 nach New-Orleans 26 nach Luebeck, 4 nach Adelaide, 3 nach Brasilien. Im Jahre 1848: 207 Schiffe mit 29,947 Passagieren, darunter 109 Schiffe mit 14,289 Passagieren nach New-York, 37 Schiffe mit 5944 Passagieren nach Baltimore, 3 Schiffe nach Adelaide mit 582 Passagieren.

× Breslau, 5. Jan. Der suspendirte katholische Pfarrer in Ober-Beuthen (Schlesien) Herr Schaffranek, welcher mit dem s. g. Rumpfsparlamente gegen die königliche Verordnung vom 8. Novbr. 1848 in Berlin fortgetagt und die Steuerverweigerung mitbeschlossen hatte, hat in der „Schlesischen Zeitung“ mit der Ueberschrift „irren ist menschlich“ folgende Erklärung abgegeben:

„Meine politische Haltung in Berlin seit dem 9. November v. J., insbesondere meine Betheiligung in der leidigen Steuerfrage, hielt ich niemals für unfehlbar. Selbst die gemessensten Deductionen gewiegter Staatsmänner und Juristen in der Residenzstadt ließen mir stets ein gewisses konstitutionelles Wagniß und nicht ganz unmerkliche Sophisterei durchschimmern. Doch die Majorität gab den Ausschlag am 15. November. Seitdem hat aber auch der Erfolg gerichtet. Ueberdies hat mein vorgelegter Bischof, im Einklange mit ihm eine große Anzahl meiner geistlichen Amtsbrüder, und wie sie, wohl gar der größte Theil des katholischen Volkes in geheimen und öffentlichen Erklärungen mißbilligend die Stimme über jene Maßregel der National-Vertreter erhoben. Wie damals als politischer Volksvertreter, so — ja mehr noch jetzt von meinem rein kirchlichen Standpunkte aus und als Priester halte ich die richtende vox populi und Ecclesiae für eine vox Dei, fürchte, Aergerniß gegeben zu haben, bereue jedwede der Kirche oder einzelnen Gläubigen, wie auch Ungläubigen dadurch verursachte Betrübniß und hoffe mit dieser öffentlichen Erklärung nur desto unzweifelhafter ausgefohnt dazustehen vor aller Welt, da es in Preußen seit der Otkrohnung doch eigentlich weder Reichstags-, noch Fraktions- oder Partei-Versammlung überhaupt, namentlich aber in meinem kirchenamtlichen Priesterleben nur eine Linke und Rechte Dessen gibt, der da kommen wird zu richten die Lebendigen und die Todten.“

Aus Franken, 2. Januar. Das von Eisenmann herausgegebene „Vollsheblatt“, das zur Begründung und Verbreitung des März-Vereins wesentlich beitrug, erschrickt mit einem Male über sein eignes Werk und stellt den Austritt Eisenmanns aus dem genannten Verein in Aussicht. Eisenmann, eine durchaus edle Natur, wollte die unreinen Elemente der Linken nicht für so schlimm halten: seine deutsche Idee ging ihm über Alles und um sie zu verwirklichen, trat er in den gefährlichen Bund. Seitdem nun aber die „Mannheimer Abend-Zeitung“ und ähnliche Blätter zu den alleinigen Vorkämpfern und Lobpreisern des März-Vereins sich aufwarfen und die konstitutionellen Vereine wohlweislich sich ferne hielten und von einem massenhaften Anschluß an den März-Verein nichts wissen wollten, sah Eisenmann seinen Irrthum ein und trat zurück, wie er als ein ehrlicher Mann und als ein entschiedener Verfechter der konstitutionellen Monarchie mußte. So ist wieder eine Seifenblase der Linken geplatzt.

D. R.

Wien, 2. Januar. Die drei Bischöfe des Erzherzogthums Oesterreich haben einen energischen Protest gegen die Religions-Paragraphe des Grundrechte eingelegt. Sie behaupten, die römisch-katholische Kirche müsse die vorzugsweise vom Staate begünstigte bleiben; sie verwahren das Eigenthum der Kirche vor jeglichem Angriffe, verwerfen die Civilehe und vindiziren dem Klerus das Recht, auch fernerhin auf den öffentlichen Unterricht Einfluß zu nehmen.

Freiheit der Advocatur.

Paderborn, den 8. Jan. 1849.

Die Advokaten oder Justizcommissarien werden bei uns von der Staatsregierung (dem Justizministerium) angestellt; sie stehen unter der speciellen Aufsicht der Gerichte und sind in mancher Beziehung von denselben abhängig. Es gibt eine bestimmte Anzahl von Advokaten- oder Justizcommissariatsstellen und nicht jeder, wenn auch die gesetzliche Befähigung dazu nachgewiesen ist, darf als Advokat oder Justizcommissar auftreten. Nur wer mit einer solchen Stelle vom Staate befehigt ist, hat die Befugniß, gegen Vergütung für Andere vor Gericht aufzutreten, Rath in Rechtsachen zu ertheilen und für Andere Rechtsgeschäfte aller Art zu besorgen. Es wird vielseitig, namentlich auch in öffentlichen Blättern die Freiheit der Advocatur verlangt. Man versteht darunter, daß jeder, welcher die erforderliche Befähigung nachgewiesen hat, sich dem rechtsbedürftigen Publikum als Advokat darstellen kann. Der Advokat soll nicht ferner Staatsbeamter sein, auch nicht mehr unter ständiger Aufsicht der Staatsbehörden stehen.

Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß, wenn die Advocatur frei geworden ist, dem Volke sich Viele als Advokaten anbieten werden, welche weder dem Rechtsuchenden zum Nutzen gereichen, noch dem Advokatenstande Ehre machen werden. Und mit solchen Advokaten, welche weniger daran denken, das Recht zu fördern, als sich ihren Rath und ihre Bemühungen gut bezahlen zu lassen, ist dem Volke schlecht gedient. Dennoch muß der Freiegebung der Advocatur das Wort geredet werden. Denn

1, liegt dem Volke daran, daß die Advokaten eine freie, unabhängige Stellung erhalten. Der Advokat muß ebenso, wie der Richter ein ausgebildeter und gründlicher Jurist sein und das Recht schützen ohne Ansehen der Person, welche es verletzt hat. Seine Pflicht ist, den Bürger und Bauer, der ihn darum anspricht, sei er arm oder reich, gegen die Staatsregierung, wenn sie dessen Recht verletzt, mit den gesetzlichen Mitteln zu schützen; er muß auch jedem, er sei arm oder reich, zu seinem Privatrechte verhelfen, wenn es vom Andern gekränkt ist, ihn insbesondere vor Gericht sowohl dem Gegner als auch dem Richter gegenüber gewissenhaft und redlich vertreten. Die Stellung des Advokaten ist ehrenvoll; er soll ein wahrer Volksmann sein. Damit aber der Advokat das verletzte Recht mit Kraft und Nachdruck schützen kann, muß er frei und unabhängig von der Staatsgewalt und den Gerichtshöfen dastehen. Das Recht des Volkes und der einzelnen Bürger findet dann in dem Advokatenstande kräftigen Schutz. Wer unter den Advokaten sich pflichtvergessen, gewissenlos und unredlich zeigt, mag ausgestoßen werden nach Urteil und Recht. Es liegt

2, dem Volke daran, daß die einzelnen Beamten eine unabhängige Stellung erhalten. Dadurch bekommt vor Allem das Volk eine wirkliche Schutzwehr gegen Uebergriife der Staatsregierung und einzelner Behörden. Die Macht der dem Volke, wie der Krone gleich schädlichen Bürokratie, deren Gehässigkeit zugleich theilweise auf die Krone fällt, wird durch die unabhängige Stellung der einzelnen Beamten gebrochen, eben weil sich im Schoße der Bürokratie Männer finden werden, welche deren Uebergriifen entgegenzutreten werden, wenn sie nicht zu fürchten haben, brodslos in Gottes weite Welt hinausgestoßen zu werden.

Die unabhängige Stellung der einzelnen Beamten wird durch Freiegebung der Advocatur am sichersten gewährleistet. Wie die Erfahrung gezeigt hat, kommt es vor, daß ein Beamter die Grundsätze der Regierung nicht theilt, daß er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, von der Regierung erhaltene Befehle und Verordnungen zu vollstrecken, sei es, daß sie nach seiner Ueberszeugung ungesetzlich sind, oder daß sie der Wohlfahrt des Volkes zuwiderlaufen. In manchen Fällen befiehlt das Gesetz den Beamten, die Befehle der Regierung oder der Vorgesetzten ohne Widerrede zu befolgen, mag ihm auch das Gewissen laut zurufen, du bereitest den Untergebenen Thränen, vernichtest das Glück Vieler. Es bleibt dem Beamten nun noch übrig, dergleichen Mißgriffe entweder bei der Regierung, oder wenn sie von dem Ministerium ausgegangen sind, bei den Kammern zur Anzeige zu bringen. Thut er dieses oder weigert er die Vollziehung der erhaltenen Befehle in Fällen, wo ihm das gesetzlich zusteht, so wird er seinen Vorgesetzten oder der Regierung meistens mißliebig werden und von diesen und mitunter auch von gleichen Amtsgenossen Verdruß aller Art zu erwarten haben. Insbesondere wird die Lage des Beamten mißlich wenn er sich genöthigt sieht, dem Ministerium entgegen zu treten. Er wird vielleicht zusehen müssen, daß Andere ihm bei Beförderungen im Amte vorgezogen werden. Selbst die höchsten Staatsbeamten, die constitutionellen Minister, können in die Lage kommen, daß sie nicht mit Ehren im Amte bleiben können. Solche fatale Verhältnisse treten nur ein für ehrenfeste und gewissenhafte Beamte, welche Schutz und den Dank des Volkes verdienen. Beamte anderer Sorte drehen ihren Mantel nach dem Winde, ohne mit ihrem Gewissen erst lange zu Rathe zu gehen. Um solche mißliche Verhältnisse zu vermeiden oder sich denselben zu entziehen, müssen die Beamten entweder gehorchen, thuen, was die Regierung haben will und Verrath am Volke begehen, oder der Regierung und den Vorgesetzten muthig entgegentreten, zugleich auch, was in den meisten Fällen unvermeidlich sein wird, den Abschied vom Staatsdienste nehmen. Das Letztere ist leicht zu sagen, auch leicht auszuführen. Aber der Beamte verliert mit dem Amte sein Gehalt, wovon er lebt; er hat Frau und Kinder — woher nun für sich und seine Familie Brod nehmen? Da ist es der frei gewordene Advokatenstand, welcher dem ehrenhaften, ausgeschiedenen Beamten eine neue Laufbahn und anständiges Auskommen eröffnet. Denn solche Männer haben sich wegen ihrer bewiesenen Ehrenhaftigkeit des Vertrauens ihrer Mitbürger zu erfreuen, was ihnen reichlichen Ersatz für das verlorne Gehalt bringt. Solche Männer werden auch dem Advokatenstande Ehre machen und die Pflichtvergessenen dieses Standes beschämen und unschädlich machen. Wir werden vielleicht nächstens ausgestretene Minister auf der Advokatenbank sehen. Und wohl dem Minister, der es wagen darf unter die Advokaten zu treten, um von dem Vertrauen des Volkes den Lohn seiner Ehrenhaftigkeit zu empfangen! h.